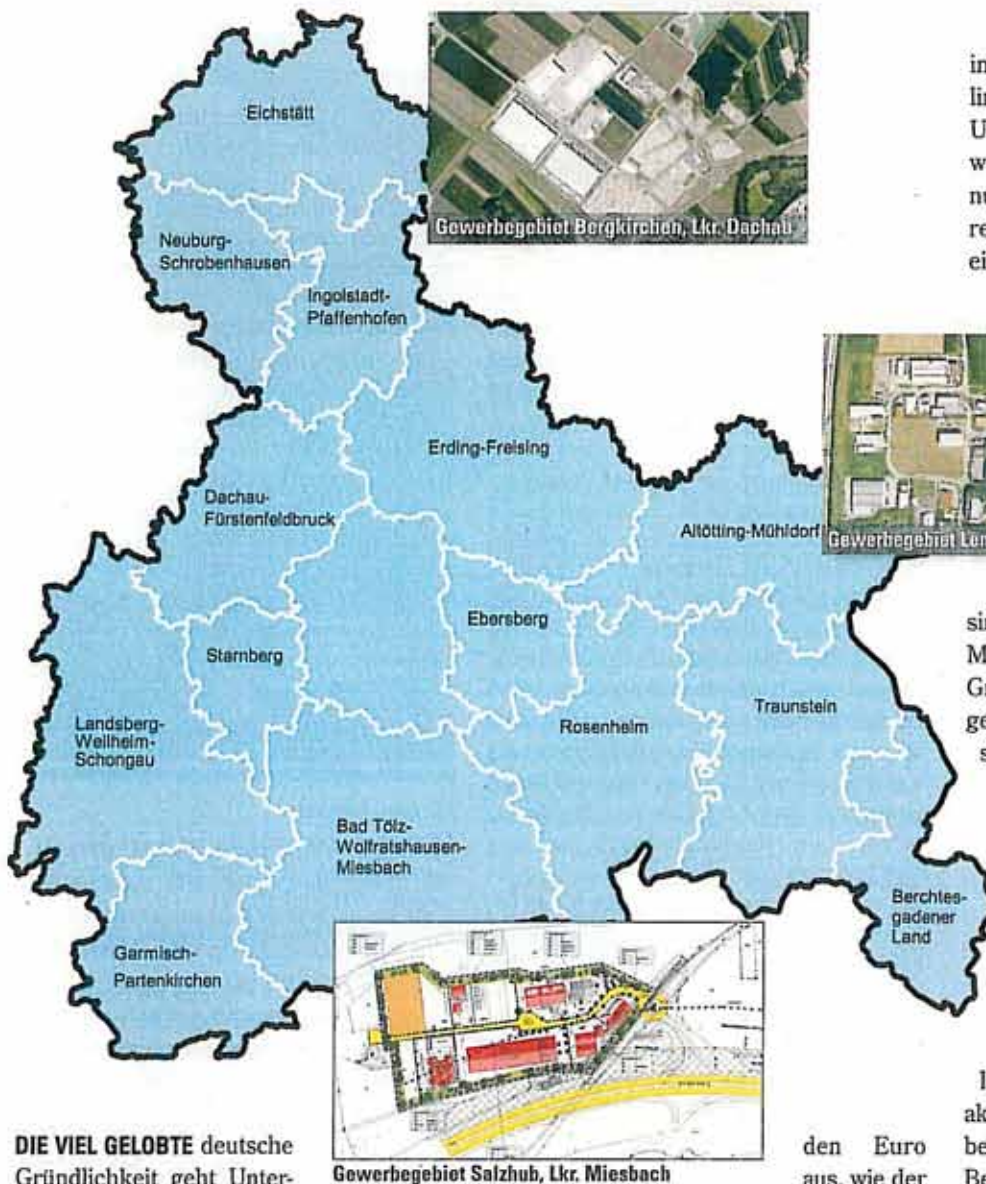


Schneller informiert und einfacher ans Ziel

Zentrale IT-Lösungen für kommunale Prozesse der öffentlichen Verwaltung helfen Firmen, Zeit und Geld zu sparen. Auf einer neuen, interaktiven Karte der IHK finden Unternehmen im Web zahlreiche Informationen zur Bauleitplanung der bayerischen Gemeinden. RUTH HENKE



Als jüngste Maßnahme hat die IHK eine interaktive Karte zur Bauleitplanung online gestartet. „Bauleitplanung ist für jedes Unternehmen von Bedeutung – nicht nur, wenn es neu bauen, seine Gebäude anders nutzen oder erweitern möchte. Planungsrechtliche Vorhaben, die in der Umgebung eines Betriebs stattfinden, stellen manch-

mal für diesen größere Herausforderungen dar als die eigenen Pläne“, sagt IHK-Referentin Dr. Katharina Zobel. Wo der Raum knapp ist und Wohnbauflächen gefragt

sind, wie in München und den nahe der Metropole gelegenen Kommunen, rücken Grundstücke für Wohnungen immer häufiger an Gewerbegebiete heran. Das immissionsschutzrechtliche Konfliktpotenzial liegt auf der Hand: Die neuen Anwohner fühlen sich durch Lärm oder Gerüche gestört und gehen gegen diese vor. Mitunter folgen für Industriebetriebe unerwartete Einschränkungen für Erweiterungen oder strengere Lärmschutz- und Emissionsvorgaben.

Auf der Webseite der IHK zur Bauleitplanung finden Interessierte nun alle aktuellen Planverfahren in Oberbayern, bei denen die IHK als Trägerin öffentlicher Belange zur Stellungnahme aufgefordert ist. In dieser Funktion vertritt die IHK im Anhörungsverfahren die Interessen der regionalen Wirtschaft, um Fehlplanungen oder Standortnachteile für gewerbliche Unternehmen zu vermeiden. „Pro Jahr geben wir etwa 900 Stellungnahmen zu Bauleitplanverfahren ab“, erklärt Dr. Katharina Zobel. „Jetzt können Firmen schnell

DIE VIEL GELOBTE deutsche Gründlichkeit geht Unternehmen schon einmal zu weit, insbesondere bei Behörden. Anträge seien zu aufwendig, Genehmigungen dauerten zu lange, Verfahren seien undurchsichtig, lauten häufig geführte Klagen. Immerhin pflegen deutsche Firmen im Schnitt über 130 Mal im Jahr Kontakt mit der Bürokratie und geben dafür 46 Milliar-

den Euro aus, wie der Fraunhofer-Verbund IUK-Technologie festgestellt hat. E-Government-Maßnahmen sollen helfen, durch die Optimierung von Prozessen und die Nutzung moderner IT-Lösungen dieses Sparpotenzial auszuschöpfen. Die IHK München und Oberbayern fördert solche Entwicklungen.

und einfach erfahren, ob in ihrer unmittelbaren Nähe beispielsweise ein Wohngebiet geplant ist“, erläutert die IHK-Expertin.

Klickt man mit der Maus einen Landkreis auf der Karte an, listet die neue Anwendung sofort alle lokalen Verfahren samt einer Kurzbeschreibung auf. So können sich Interessierte schnell einen Überblick darüber verschaffen, welche Vorhaben die Kommunen aktuell in der Nachbarschaft ihrer Betriebe verfolgen. Mit dem neuen Service sollen die Unternehmer so früh wie möglich von Planungsvorhaben in ihrer Umgebung erfahren, damit sie rechtzeitig vor der Beschlussfassung der Kommune bei der IHK Rat einholen und ihre Interessen im Verfahren einbringen können.

Doch nicht nur für laufende Planverfahren ist die IHK aktiv. In Zukunft sollen die Unternehmen von einem weiteren Online-Angebot der IHK profitieren. „Wir arbeiten über das bayerische Wirtschaftsministerium im Rahmen des Projektes ‚Bauleitpläne im Internet‘ mit dem Landesamt für Vermessung und Geoinformation zusammen“,

erläutert IHK-Experte Andreas Fritzsche. Hierbei sollen rechtskräftige Bauleitpläne über das Internet in einem Landesportal der Bayerischen Staatsregierung zur Verfügung gestellt werden. „Wir erhalten so alle eingestellten rechtskräftigen Bauleitpläne für unser Standort-Informationssystem Bayern (SISBY), das die verfügbaren Pläne in seine interaktive Karte der Gewerbegebiete integriert“, lobt Fritzsche die vorbildhafte Kooperation. Statt Schnittstellen zu mehr als 2000 Kommunen benötigen die bayerischen IHKs nur eine einzige zum Geodaten-Server. Die Pflege der Daten erfolgt dezentral durch die Kommunen in Abstimmung mit der Bayerischen Vermessungsverwaltung. „Für die Pilotregion Kulmbach ist die Integration der rechtskräftigen Bauleitpläne in SISBY bereits vollzogen“, konstatiert Fritzsche.

Die Homepage www.sisby.de bietet zudem viele weitere Funktionen. Auf einer Landkarte können Investoren beispielsweise auf einen Blick erkennen, wo in Bayern unbebaute Gewerbegrundstücke zur Verfügung stehen.

Längst nicht alle Kontakte zwischen Wirtschaft und Verwaltung laufen so reibungslos. „Viele Unternehmen wünschen sich dringend effektivere Genehmigungsverfahren“, appelliert Fritzsche. Benötigt eine Firma beispielsweise im Zusammenhang mit einem Auftrag eine kurzfristige Änderung beim Immissions- oder Schallschutz, kann das wochenlang dauern, weil viele verschiedene Akteure involviert sind“, klagt Fritzsche. Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, IT-Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung, will nun gemeinsam mit der IHK mittels einer Studie diejenigen Prozesse identifizieren, die für Unternehmen einen besonders hohen Nutzen besitzen, um diese gezielt verbessern zu können (siehe Interview Seite 19). Ende des Jahres sollen die Ergebnisse vorliegen.

E-Government Schlusslicht Deutschland

Unternehmen (in Prozent), die das Internet für die Interaktion mit staatlichen Behörden nutzen

EU	72
Belgien	81
Dänemark	90
Deutschland	65
Irland	89
Griechenland	81
Spanien	65
Frankreich	75
Italien	83
Luxemburg	89
Niederlande	83
Österreich	79
Portugal	77
Finnland	96
Schweden	86
Vereinigtes Königreich	68
Norwegen	83

→ IHK-ANSPRECHPARTNER

Andreas Fritzsche, Tel. 089 5116-785

E-Mail: fritzsche@muenchen.ihk.de

Webcode: **BDBE2**

Stand August 2010, Quelle: Eurostat Europäische Union 1995-2010

gen ohne Passwort-Wirrwarr“, freut sich Schneider und verweist auf einen weiteren Vorteil. Auch Anträge und andere Formblätter lassen sich komfortabel im Internet ausfüllen. „Erlaubt es der Besitzer des Ausweises ausdrücklich in jedem Einzelfall, wird ein Formular automatisch ausgefüllt“, sagt der IT-Manager, „so behält jeder stets die Hoheit über seine auf dem Ausweis gespeicherten Daten.“

Die Allianz zählt zu den mehr als 160 Unternehmen, Behörden und Organisatio-

nen aus Wissenschaft und Forschung, die seit Februar an dem offenen Anwender-test teilnehmen. „Dabei hat sich gezeigt, dass die Integration der Personalausweis-Infrastruktur in bestehende Infrastrukturen mit vertretbarem Aufwand möglich ist“, bestätigt Jens Fromm vom Fraunhofer Fokus eine Erfahrung, die auch die Allianz gemacht hat. Der Wissenschaftler, der auch auf der IHK-Infoveranstaltung die Möglichkeiten des neuen Personalausweises für Unternehmen erläutern wird

(s. Kasten S. 18), leitet das Berliner Test- und Demonstrationszentrum neuer Personalausweis, das Wirtschaft, Verbänden oder Verwaltungen als Informationsstelle dient.

→ IHK-ANSPRECHPARTNER

Franziska Neuberger, Tel. 089 5116-249

E-Mail: neuberger@muenchen.ihk.de

Webcode: AIBAG

„Nicht die Akten, die Daten sollen marschieren“



Herr Pschierer, E-Government könnte Unternehmen helfen, viele Abläufe effektiver zu gestalten. Das scheitert oft an zahlreichen Insellösungen. Jede Kommune, jede Behörde entwickelt eigene Dienste. Wie wollen Sie dieses Dilemma lösen?
Das Recht der kommunalen Selbstverwaltung räumt den Kommunen einen großen Entscheidungsspielraum ein. Das gilt auch für den Einsatz von Informationstechnologie. Hier unterstützt der Freistaat Bayern die Gemeinden vor allem, indem er ihnen nach dem „Eines-für-alle-Prinzip“ in erster Linie Software oder Lizenzen zur Verfügung stellt.

Können Sie dafür Beispiele nennen?

Ein schönes Beispiel ist das bayerische Behördennetz BayKom, das die staatlichen und kommunalen Behörden vernetzt. Dieses nutzen 60 Prozent der bayerischen Gemeinden. Außerdem haben wir ein landesweites Verwaltungsportal (www.verwaltung-bayern.de) entwickelt. Darauf bieten wir einen Zugriff auf zahlreiche kommunale Verwaltungsdienstleistungen gebündelt und in komfortabler Form an. Zusätzlich wollen wir die Anwendung

Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, IT-Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung, will bis Ende 2011 sämtliche Bebauungspläne aller bayerischen Kommunen auf eine gemeinsame Internet-Plattform bringen. Eine Studie soll die wichtigsten Kontakte zwischen Firmen und Verwaltungen herausfinden, um diese Prozesse gezielt verbessern zu können.

für digitale Gewerbeanzeigen GEWAN ausbauen sowie eine elektronische Identifizierung einführen, die auch die Nutzung des neuen Personalausweises einschließt. Mit der dort integrierbaren digitalen Signatur kann jeder Geschäftsmann oder Bürger rechtswirksame Geschäfte abschließen und sich viele Gänge zur Verwaltung sparen.

Inwieweit berücksichtigen Sie die speziellen Bedürfnisse der Wirtschaft?

Die Anforderungen der Wirtschaft wollen wir noch stärker bei unseren E-Government-Aktivitäten berücksichtigen. Vor kurzem habe ich deshalb einen Auftrag für eine Studie erteilt, die die Kontakte zwischen Wirtschaft und Verwaltung ermitteln soll. Wir wollen gemeinsam mit der IHK diejenigen Prozesse identifizieren, die aus Sicht der Wirtschaft einen besonders hohen Nutzen haben und zum Vorteil für die Unternehmen in medienbruchfreie E-Government-Abläufe umgesetzt werden können. Im Herbst wird das Ergebnis vorliegen. Außerdem habe ich den seit 2002 bestehenden E-Government-Pakt mit den kommunalen Spitzenverbänden im November 2009 erneuert und um weitere Ziele ergänzt. So wollen wir die Leistungen der öffentlichen Verwaltung gegenüber der Wirtschaft nicht nur verbessern, sondern auch transparenter gestalten.

Welche Rolle kommt dabei den IHKs zu?

Die IHKs sind für uns ganz wichtige Partner im Dialog mit der Wirtschaft beim E-Government. Ein Beispiel dafür ist die Weiterentwicklung der elektronischen Gewerbeanmeldung GEWAN. Ein neues Gewerbe kann ich darüber nicht nur bei der Kommune, sondern seit März 2010 auch bei jeder örtlichen

IHK anmelden. Diese sendet dann über das Internet sämtliche Daten an alle empfangsberechtigten Stellen weiter.

Von welchen neuen E-Government-Projekten in Bayern profitieren Firmen besonders?

Da ist vor allem das Projekt Bauleitplanung zu nennen. Ziel ist es, gemeinsam mit den Kommunen und Landkreisen alle rechtskräftigen Bebauungspläne Bayerns – ältere wie aktuelle – standardisiert im Internet verfügbar zu machen. Die IHK hat die ersten Bebauungspläne bereits in das Standortinformationssystem SISBY eingebaut. Hier werden Standortexposés erzeugt, die für die Investitionen in Bayern wichtig sind. Allerdings beteiligen sich daran noch nicht alle Landkreise. Mein Ziel ist es, dass bis Ende 2011 alle Gemeinden und Landkreise ihre Bebauungspläne im Internet bereitstellen.

Firmen klagen, dass Genehmigungsverfahren schon einmal sehr lange dauern können, andererseits intransparent seien. Wie schätzen Sie das ein?

Die Prozesse dauern häufig so lange, weil Akten vom Amt A zum Amt B weitergeleitet werden müssen – vom Wasserwirtschaftsamt über das Landratsamt, vom Straßenbauamt zur unteren Naturschutz- oder Denkmalschutzbehörde. Ich plädiere dafür, dass diese Verwaltungen parallel statt nacheinander arbeiten. Nicht die Akten, sondern die Daten sollen marschieren! Das beschleunigt jedes Verfahren immens. Eine stärkere IT-Nutzung hilft auch, schnell zu eruieren, wie weit ein Antrag bearbeitet ist.